

TRACTATENBLAD

VAN HET

KONINKRIJK DER NEDERLANDEN

JAARGANG 1957 Nr. 231

A. TITEL

*Notawisseling tussen de Nederlandse Regering en de Duitse Bondsregering inzake een Duitse bijdrage in de kosten van het onderhoud van de in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde Nederlandse militaire eenheden;
Bonn, 10 juli 1957*

B. TEKST

Nr. I

DER BUNDESMINISTER
DES AUSWÄRTIGEN

Bonn, den 10. Juli 1957

Exzellenz,

im Rahmen der in Artikel 3 des Nordatlantik-Vertrages vorgesehenen gegenseitigen Hilfe beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Königlich Niederländischen Regierung folgenden Vorschlag zu machen, der auf der gegenwärtigen Lage der beiden Länder beruht und ohne Präjudiz für die Zukunft ist.

1. Die Bundesregierung wird einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 0,4 Mio DM zu den Mehrkosten, die sich für das Königreich der Niederlande aus dem Unterhalt der niederländischen Truppen in der Bundesrepublik ergeben, leisten.

2. Der vorgenannte Betrag wird am Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung der Königlich Niederländischen Regierung auf einem Konto bei der Bank deutscher Länder zur Verwendung im Währungsgebiet der DM (West) zur Verfügung gestellt.

3. Sollte diese Vereinbarung nicht bis zum 1. Juli 1957 in Kraft getreten sein, wird die Bundesregierung auf Wunsch der Königlich Niederländischen Regierung und vorbehaltlich der Zustimmung der

zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages auf den in Ziffer 1 genannten Betrag zu Gunsten des vorerwähnten Kontos eine Abschlagszahlung bis zur Höhe von 0,2 Mio DM leisten.

4. Die Bundesregierung kann jederzeit nach dem 1. September Besprechungen mit dem Ziele einleiten, die in Ziffer 1 genannte Zahl mit Rücksicht auf eine etwaige Änderung der Lage, von der angenommen werden kann, dass sie die Angemessenheit der Höhe des jetzt vereinbarten Beitrages berührt, abzuändern.

5. Dieses Abkommen bedarf auf deutscher Seite der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften. Das Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Bundesregierung der Königlich Niederländischen Regierung mitteilt, dass die Zustimmung, wie verfassungsrechtlich vorgesehen, erteilt worden ist.

6. Ich beehre mich vorzuschlagen, dass, wenn sich die Königlich Niederländische Regierung mit dem in den Ziffern 1—5 enthaltenen Vorschlag einverstanden erklärt, diese Note zusammen mit Ihrer Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen darstellen soll.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

(gez.) v. BRENTANO

*Seiner Exzellenz
dem königlich-niederländischen
Botschafter
Herrn A. Th. Lamping
Bonn*

Nr. II

KGL. NIEDERLÄNDISCHE
BOTSCHAFT

Bonn, den 10. Juli 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 10. Juli 1957 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

(zoals in nr. I)

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass die Königlich Niederländische Regierung mit Ihrem in obiger Note mitgeteilten Vorschlag einverstanden ist und dass Ihrer Anregung entsprechend, Ihre Note und diese Antwort eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen bilden sollen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetesten Hochachtung.

(gez.) A. Th. LAMPING

*Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Heinrich von Brentano
Bonn*

Nr. III

DER BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

Bonn, den 10. Juli 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, Ihnen namens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung in Ergänzung unseres heutigen Notenwechsels über gegenseitige Hilfe (Artikel 3 des Nordatlantik-Vertrages) vorzuschlagen.

1. Bezüglich der Verwendung des aufgrund des eingangs bezeichneten Notenwechsels zu zahlenden Betrages werden die zuständigen deutschen Behörden in entsprechender Anwendung der für Stationierungskosten getroffenen Bestimmungen für die niederländischen Streitkräfte tätig werden, soweit nicht Abweichendes vereinbart wird.

2. Das Königreich der Niederlande wird der Bundesrepublik die Mittel zur Verfügung stellen, die erforderlich sind, um die Ausgaben zu leisten, für welche das Königreich der Niederlande nach dem Finanzvertrag vom 23. Oktober 1954 einschliesslich des deutsch-niederländischen Abkommens vom 29. Januar 1957 und aufgrund der nachstehenden Ziffer 4 sowie etwaiger anderer Vereinbarungen verantwortlich ist. Diese Mittel werden der Bundesrepublik so rechtzeitig zur Verfügung gestellt, dass die deutschen Behörden in der Lage sind, die erforderlichen Zahlungen bei Fälligkeit zu leisten. Alle anderen mit der Bereitstellung und Verausgabung dieser Mittel zusammenhängenden Verfahrensfragen werden durch Verwaltungsvereinbarung geregelt.

3. Treten infolge der Verwendung des aufgrund des eingangs bezeichneten Notenwechsels zu zahlenden Betrages an Vermögensgegenständen im Eigentum der Bundesrepublik einschliesslich der aus Mitteln des früheren alliierten Besatzungskosten- und Auftragsausgabenhaushalts beschafften Vermögensgegenstände Werterhöhungen ein, so stehen diese nach Freigabe der Bundesrepublik zu.

4. (a) Die Kosten der Abgeltung von Ansprüchen aus Schäden an Liegenschaften oder beweglichen Gegenständen, die den niederländischen Streitkräften vor dem 6. Mai 1955 zur Nutzung überlassen worden sind und von diesen nach dem 5. Mai 1956, jedoch vor dem 5. Mai 1957, freigegeben worden sind oder freigegeben werden, gehen in voller Höhe zu Lasten der Bundesrepublik.

(b) Die Kosten der Abgeltung von Ansprüchen aus Schäden an Liegenschaften oder beweglichen Gegenständen, die den niederländischen Streitkräften vor dem 6. Mai 1955 zur Nutzung überlassen worden sind und von diesen in der Zeit vom 5. Mai 1957 bis zum 31. Dezember 1957 einschliesslich oder in der Zeit vom 5. Mai 1957 bis zum Inkrafttreten der gegenwärtig in Ergänzung des Abkommens zwischen den Vertragspartnern des Nordatlantik-Vertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen verhandelten Vereinbarung (in Nachstehendem als „Zusatzvereinbarung zum NATO-Truppenstatut“ bezeichnet) freigegeben werden — und zwar während des kürzeren dieser beiden Zeiträume —, gehen je zur Hälfte zu Lasten der Bundesrepublik und des Königreichs der Niederlande. Diese Ansprüche werden nach wie vor von den deutschen Behörden festgestellt.

(c) Sollten die Zusatzvereinbarungen zum NATO-Truppenstatut nicht bis zum 31. Dezember 1957 in Kraft getreten sein, so werden die Bundesrepublik und das Königreich der Niederlande über eine Regelung in Fortsetzung der in obiger Ziffer (b) enthaltenen Regelung für einen noch zu bestimmenden weiteren Zeitraum verhandeln.

(d) Die Vereinbarungen der obigen Ziffern (a) bis (c) präjudizieren weder den Rechtsstandpunkt der Parteien des Finanzvertrages noch die Verhandlungen über die Zusatzvereinbarungen zum NATO-Truppenstatut.

5. Ich beehre mich vorzuschlagen, dass, wenn sich die Königlich Niederländische Regierung mit den in den Ziffern 1—4 enthaltenen Vorschlägen einverstanden erklärt, diese Note und Ihre entsprechende Antwort einen integrierenden Bestandteil der Vereinbarung darstellen soll, die durch den eingangs bezeichneten Notenwechsel zwischen unseren beiden Regierungen getroffen worden ist.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) v. BRENTANO

*Seiner Exzellenz
dem königlich-niederländischen
Botschafter
Herrn A. Th. Lamping
Bonn*

Nr. IV

KGL. NIEDERLÄNDISCHE
BOTSCHAFT

Bonn, den 10. Juli 1957

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 10. Juli 1957 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

(zoals in nr. III)

Die Königlich Niederländische Regierung nimmt die in der obigen Note enthaltenen Vorschläge der Bundesregierung an und ist damit einverstanden, dass die deutsche Note und diese Antwort einen integrierenden Bestandteil der Vereinbarungen über gegenseitige Hilfe bilden sollen, die heute durch den Notenwechsel zwischen unseren beiden Regierungen getroffen worden sind.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

(gez.) A. Th. LAMPING

*Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Heinrich von Brentano
Bonn*

G. INWERKINGTREDING

De bepalingen van de in de onderhavige notawisseling vervatte overeenkomst zullen ingevolge paragraaf 5 van nota nr. I in werking treden op de dag van ontvangst van een nota, waarin vanwege de Duitse Bondsregering aan de Nederlandse Regering wordt medegedeeld, dat de in de Bondsrepubliek Duitsland grondwettelijk ver-eiste goedkeuring is verkregen.

Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft zal de overeenkomst alleen voor Nederland gelden.

J. GEGEVENS

Van het op 4 april 1949 te Washington gesloten Noord-Atlantische Verdrag, naar welk Verdrag wordt verwezen in de aanhef van de nota's nr. I en nr. III, is de tekst opgenomen in *Stb.* J 355; zie ook, laatstelijk, *Trb.* 1955, 106.

Van het op 26 mei 1952 te Bonn tussen de Verenigde Staten van Amerika, het Verenigd Koninkrijk van Groot-Britannië en Noord-

Ierland, Frankrijk en de Bondsrepubliek Duitsland gesloten Financiële Verdrag, zoals dat Verdrag is gewijzigd door Bijlage III van het op 23 oktober 1954 te Parijs ondertekende Protocol inzake de beëindiging van het bezettingsregime in de Bondsrepubliek Duitsland, naar welk Verdrag wordt verwezen in paragraaf 2 van nota nr. III, zijn de Engelse tekst en een vertaling in het Nederlands, zonder de Bijlagen A en B, opgenomen in *Trb.* 1956, 124, blz. 52—67 en blz. 129—146. Het Koninkrijk der Nederlanden is bij dat Verdrag en dat Protocol geen partij.

Van de op 29 januari 1957 te Bonn tussen de Nederlandse Regering en de Duitse Bondsregering gewisselde nota's houdende een regeling voor de behandeling van eisen tot schadevergoeding in verband met verlies of schade veroorzaakt door in de Bondsrepubliek Duitsland gestationeerde Nederlandse militaire eenheden, naar welke notawisseling wordt verwezen in paragraaf 2 van nota nr. III, is de tekst opgenomen in *Trb.* 1957, 230.

Van het op 19 juni 1951 te Londen gesloten Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantische Verdrag, nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten, naar welk Verdrag wordt verwezen in paragraaf 4 (b) van nota nr. III, is de tekst opgenomen in *Trb.* 1951, 114; zie ook, laatstelijk, *Trb.* 1954, 81.

De aanvullende overeenkomst bij het hierboven genoemde Verdrag van 19 juni 1951, naar welke overeenkomst wordt verwezen in paragraaf 4 van nota nr. III, is nog niet tot stand gekomen.

Uitgegeven de zevenentwintigste november 1957.

De Minister van Buitenlandse Zaken a.i.,
W. DREES.